



Baden-Württemberg

REGIERUNGSPRÄSIDIUM TÜBINGEN
PRESSESTELLE

PRESSEMITTEILUNG

07.04.2013

Schulfruchtprogramm in Baden-Württemberg ist erfolgreich

Regierungspräsident Hermann Strampfer: „Mehr Kinder und Jugendliche als je zuvor profitieren vom EU-Schulfruchtprogramm“

Notwendige Anpassungen stellen sicher, dass die für Baden-Württemberg zur Verfügung gestellten EU-Mittel ausreichen

Für das Schulfruchtprogramm stellt die Europäische Union dem Land Baden-Württemberg im laufenden Schuljahr 2013/2014 rund 2,65 Millionen Euro zur Verfügung. In diesem Schuljahr wird es voraussichtlich erstmals gelingen, alle zur Verfügung stehenden EU-Mittel abzurufen.

"Wir freuen uns sehr über die rege Teilnahme am Schulfruchtprogramm in Baden-Württemberg. Mehr Kinder, Schülerinnen und Schüler als je zuvor profitieren damit von frischem Obst und Gemüse an ihrer Schule oder Kita“, sagte Regierungspräsident Hermann Strampfer am Montag (07.04.) in Tübingen. „Ausdrücklich danke ich den mitwirkenden Einrichtungen und allen, die ihren Beitrag zum Gelingen des Programms leisten.“

Durch die hohe Resonanz beim EU-Schulfruchtprogramm sind die von der Europäischen Union zur Verfügung gestellten Mittel für Baden-Württemberg im Schuljahr 2013/2014 weitgehend ausgeschöpft. Deshalb können seit dem 01.04.2014 für das laufende Schuljahr keine neuen Einrichtungen mehr in das Schulfruchtprogramm aufgenommen werden.

"Wir werden aber eine Liste erstellen, in der die Einrichtungen der engeren Zielgruppe, d.h. Kindergärten, Kindertageseinrichtungen und Grundschulen, die Interesse daran haben, ab dem Schuljahr 2014/2015 am Schulfruchtprogramm

teilzunehmen, erfasst werden. Unser Ziel ist es, möglichst vielen Grundschulen, Kindergärten und Kitas eine Teilnahme am Schulfruchtprogramm zu ermöglichen. Denn in diesem Alter sind Kinder und Jugendliche besonders aufgeschlossen für das Thema Ernährung“, so Strampfer weiter.

Für das kommende Schuljahr 2014/2015 werden derzeit vor dem Hintergrund neuer Rahmenbedingungen des EU-Schulfruchtprogramms die Umsetzungsmodalitäten in Baden-Württemberg überprüft. „Wir wollen auch in Zukunft die EU-Mittel ausschöpfen, damit so viele Kinder wie möglich in den Genuss einer Portion Obst oder Gemüse kommen können“, sagte der Regierungspräsident abschließend.

Hintergrundinformationen:

Die EU finanziert 50 Prozent der Nettokosten für die Früchtelieferungen an schulische und vorschulische Einrichtungen. Die andere Hälfte der Kosten übernehmen entweder die Schulträger oder andere Sponsoren.

Hinweis für die Redaktionen:

Für Fragen zu dieser Pressemitteilung steht Ihnen Herr Dr. Markus Breymaier, Pressereferent, Telefon: 0 70 71 / 7 57-3078, gerne zur Verfügung.